



Bettina Hagedorn
Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

☎ (030) 227 – 73 832

📠 (030) 227 – 76 920

✉ bettina.hagedorn@bundestag.de

Pressemitteilung

Berlin, 21.03.13

Equal Pay Day 2013: “Lohnfindung in Gesundheitsberufen”

In der Anlage finden Sie zwei Fotos von Bettina Hagedorn auf der Kundgebung zur freien Verwendung

Beim 6. Equal Pay Day unter dem Motto ‚Viel Dienst – wenig Verdienst‘ liegt der diesjährige Themenschwerpunkt in der viel zu schlechten Bezahlung in den frauendominierten Gesundheitsberufen. Wie jedes Jahr starteten der Deutsche Gewerkschaftsbund, der Deutsche Frauenrat und der Sozialverband Deutschlands unterstützt von der SPD-Bundestagsfraktion heute um 12:00 Uhr gemeinsam zur zentralen Kundgebung vor dem Brandenburger Tor in Berlin. Natürlich aktiv dabei: die SPD-Bundestagsabgeordnete Bettina Hagedorn aus Ostholstein: **„Die Gleichstellung von Männern und Frauen ist im Grundgesetz verankert – und trotzdem sieht auch 2013 die beschämende Realität in Deutschland ganz anders aus: Frauen verdienen bei uns bei gleicher Qualifizierung und Leistung noch immer ein Viertel weniger als Männer - das entspricht einer Lohnlücke von 22 Prozent! Der Equal Pay Day markiert symbolisch den Zeitraum, den Frauen über das Jahresende hinaus arbeiten müssen, um auf das Vorjahresgehalt ihrer männlichen Kollegen zu kommen, wobei deutsche Frauen im Vergleich zum Schlusslicht in Europa gehören. Während der europäische Equal Pay Day nämlich bereits am 28. Februar begangen wurde, fällt er in Deutschland in diesem Jahr auf den 21. März - deutsche Frauen müssen also noch einmal drei Wochen länger arbeiten als die durchschnittliche EU-Bürgerin – allein dadurch wird das Ausmaß an Diskriminierung der weiblichen Beschäftigten und die**

Notwendigkeit eines Entgeltgleichheitsgesetzes in Deutschland deutlich.“

Seit 2008 soll der Equal-Pay-Day symbolisch deutlich machen: diese Diskriminierung und Ungerechtigkeit am Arbeitsmarkt zu beheben ist eine unerfüllte politische Aufgabe, zu dessen Lösung der Gesetzgeber in Deutschland sogar durch das Grundgesetz verpflichtet ist.

Hagedorn: „**Am 22. März werden Gesetzentwürfe von SPD und Grünen zur ‚Durchsetzung des Entgeltgleichheitsgebotes für Frauen und Männer‘ im Bundestag diskutiert und in 2./3. Lesung entschieden. Wenn die Abgeordneten von CDU/CSU und FDP diesen Anträgen zustimmen würden, dann bräuchten wir ab 2014 keine ‚Equal-Pay-Day-Demonstrationen‘ mehr zu veranstalten. Aber leider ist zu vermuten, dass diese Hoffnung enttäuscht wird. Betroffen sind besonders die Gesundheitsberufe, wo bis zu 80 Prozent der Beschäftigten Frauen sind. Die Gesundheits- und Pflegebranche gehört zu den fünf Branchen in der Republik, in denen Niedriglöhne am stärksten verbreitet sind - die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro könnte darum auch hier einen wichtigen Beitrag leisten, wenn gleich erst die Kombination mit einem Entgeltgleichheitsgesetz den beschäftigten Frauen wirklich hilft. Stattdessen setzen die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP auf ‚freiwillige Regelungen in der Wirtschaft und zwischen den Tarifparteien zum Abbau der Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen‘ – erwiesenermaßen ein Papier tiger. Das Ziel bleibt: Gleichwertige Arbeit muss auch gleich bezahlt werden - das ist zwingende Voraussetzung für die Absicherung einer eigenständigen Existenz, für eine auskömmliche Absicherung im Alter und für die grundgesetzlich gebotene Umsetzung von Würde, Respekt und Gerechtigkeit zwischen Männern und Frauen.“**

Foto 1: Führende SPD-Familien- und Frauenpolitikerinnen auf dem Platz vor dem Brandenburger Tor (v.l.n.r.): Angelika Graf, Christel Humme, Caren Marks (familienpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion), Bettina Hagedorn, Aydan Özoguz (stellv. SPD-Bundesvorsitzende) und Elke Ferner (stellv. SPD-Fraktionsvorsitzende)

Foto 2: Bettina Hagedorn mit der familienpolitischen Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Caren Marks vor dem Brandenburger Tor